



Innenminister Wolfgang Sobotka beim Europäischen Forum Alpbach 2017: „Die Freiheit des Einzelnen schützen.“

Digitale Freiheit und Sicherheit

Das Innenministerium organisierte beim Forum Alpbach 2017 die Plenardiskussion „Sicherheit und Freiheit in der digitalen Zukunft“ und die Breakout-Session „Digitale Sicherheit – Social Media“.

Mit dem rasanten Fortschritt der Digitalisierung vieler Lebensbereiche müssen auch die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen neu justiert werden. Wie kann Rechtsstaatlichkeit, beispielsweise in Zusammenhang mit Extremismus, im digitalen Bereich implementiert werden?“, fragte Moderatorin Mag. Corinna Milborn, Info-Chefin von *PULS 4* und Moderatorin des *PULS-4-News-Talks* „Pro & Contra“ bei der Plenardiskussion mit Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka am 28. August 2017 beim *Europäischen Forum Alpbach*. „Kollidiert der Schutz von Freiheitsrechten mit den neuen Möglichkeiten der Überwachung? Wie sieht ein ganzheitliches Konzept für digitale Sicherheit aus, in dem das Bedürfnis nach Freiheit mit dem Verlangen nach Sicherheit im Einklang ist?“ Mit Sobotka diskutierten die Innenminister

Estlands und Belgiens, Andres Anvelt und Jan Jambon, der Anti-Terrorismus-Koordinator der EU Gilles de Kerchove und Francesa Bria, Beauftragte der Stadt Barcelona für Technologie und digitale Innovation.

Freiheit schützen. „Ich möchte nicht in die Freiheit des Einzelnen eingreifen, ganz im Gegenteil, ich möchte die Freiheit des Einzelnen schützen, damit die Polizei jene herausgreifen kann, die diese Freiheit im Internet missbrauchen“, sagte Innenminister Wolfgang Sobotka. Man sollte nicht erst in Reaktion auf Anschläge Lösungsansätze ändern, sondern schon im Vorhinein auch auf internationaler Ebene die richtigen Maßnahmen setzen. „Ich wünsche mir mehr internationale Kooperation, damit wir einerseits die Risiken minimieren und andererseits die Chancen und Vorteile der Digitalisierung nutzen kön-

nen“, sagte Sobotka. „Daher wird das Thema digitale Sicherheit auch ein zentrales Thema unserer EU-Ratspräsidentschaft 2018 sein“, betonte der Minister. Er wolle das Thema nicht bloß aus einer österreichischen, sondern aus einer europäischen Perspektive diskutieren. Ziel solle eine bürgernahe, krisenfeste, zukunftsfähige Sicherheitsunion 2025 auch für die digitale Welt sein. Aktuell sei bei Messenger-Diensten wie bei Hassreden im Netz die Frage entscheidend, ob es sich bei Social Media lediglich um technische Dienste oder doch um „richtige“ Medien handle. Gebe es ein Redaktionssystem, müssten Inhalte nicht im Nachhinein entfernt werden. Da die Identifizierung über IP-Adressen nicht sicherzustellen sei, müsse auch über die Notwendigkeit einer digitalen Identität diskutiert werden. „Dieselben Rechte und Pflichten wie in der realen Welt sollten auch



Innenminister Wolfgang Sobotka, Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit den fünf Polizeischülerinnen und -schülern, die am Europäischen Forum Alpbach 2017 teilnahmen.

im digitalen Raum gelten, so auch die Pflicht, sich auszuweisen“, sagte der Innenminister.

In Estland sei die Debatte um Sicherheit und Datenschutz intensiv geführt worden, berichtete der estnische Innenminister Andres Anvelt. Man habe sich für die bestmögliche Nutzung der Möglichkeiten des Internets entschieden. Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger entstehe durch die Mög-

lichkeit, jederzeit überprüfen zu können, wer auf die eigenen persönlichen Daten zugegriffen habe. „Wir denken, das ist ein Menschenrecht“, betonte Anvelt. Sicherheit und Privatsphäre seien grundlegende Werte, die in Balance gehalten werden müssten. „Wenn wir diese Balance verlieren, haben wir den Kampf verloren“, sagte der estnische Innenminister. Unsere Lebensweise zu ändern, sei das Ziel von Terroranschlägen. Dem werde man nicht

nachgeben. Digitalisierung in Europa bedeute auch, dass Polizistinnen und Polizisten mit neuen Instrumenten ausgestattet werden müssten.

„**Terroranschläge** verändern die Diskussionen“, sagte Belgiens Innenminister Jan Jambon. In Brüssel habe die Bevölkerung bereits mehrmals Terroranschläge erlebt, so auch im März 2016, sagte Jambon. Betroffene Mitgliedstaaten würden nach Anschlägen auch in der europäischen Diskussion andere Positionen als vorher einnehmen. Alle würden nach der richtigen Balance von Freiheit und Sicherheit suchen. Solange Kontrolle und Gewaltenteilung auch bei Maßnahmen für die digitale Welt gewährleistet seien, hätten die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in den Staat. Um Verhandlungsgewicht gegenüber großen Internetunternehmen zu gewährleisten, sei ein gemeinsames Auftreten Europas nötig.

Fünf Herausforderungen. Gilles de Kerchove, Anti-Terrorismus-Koordinator der EU, sah fünf aktuelle Herausforderungen. Erstens müssten illegale Inhalte, die Gewalt und Terrorismus propagieren und verherrlichen, rascher aus dem Internet beseitigt werden. Dafür sei die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen nötig, wie im Rahmen des EU-Internetforums und die verstärkte Anwendung von Algorith-

ÖFFENTLICHKEIT, DIALOG, IDEEN

Das BMI in Alpbach

Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen und seine Frau Mag. Doris Schmidauer besuchten gemeinsam mit Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka am 29. August 2017 das Polizei-Zelt in Alpbach. Dort warben vier Polizeischülerinnen und ein Polizeischüler für den Polizeiberuf. Diese hatten ein Auswahlverfahren für das Europäische Forum Alpbach 2017 in Tirol gewonnen. Dafür mussten die besten Polizeischülerinnen und Polizeischüler des aktuellen Jahrgangs eine Arbeit zur Relevanz von Social Media für die innere Sicherheit, das BMI und die praktische Polizeiarbeit verfassen. Die Gewinnerinnen und der Gewinner nahmen an der Seminarwoche und an den Politischen Gesprächen und Rechtsgesprächen des Forum Alpbach teil.

Dialog suchen, Ideen weiterentwickeln. Seit 1945 finden sich beim Europäische Forum Alpbach jährlich nationale und internationale Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur im gleichnamigen Tiroler Bergdorf zusammen, um sich zu relevanten gesellschaftspolitischen Fragestellungen auszutauschen. Damit bietet das Forum ein in Österreich einzigartiges Setting. Zwischen 16. August und 1. September 2017 kamen mehr als 5.700 Menschen aus über 100 Nationen für das 73. Forum nach Alpbach. Durch den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus den unterschiedlichsten Bereichen sollten die Arbeit des BMI reflektiert und Ideen weiterentwickelt werden. Deshalb nahmen neben Innenminister Mag. Wolf-

gang Sobotka auch etliche Spitzenführungskräfte aus allen Sektionen des BMI an den Politischen Gesprächen und Rechtsgesprächen von 27. bis 29. August 2017 teil. Auch mit zwei ausländischen Amtskollegen des österreichischen Innenministers und Top-Experten wie dem Anti-Terrorismus-Koordinator der EU war der Bereich innere Sicherheit prominent in Alpbach bei Veranstaltungen vertreten.

Das BMI organisierte dafür zusammen mit dem Forum Alpbach die Break-out-Session „Digitale Sicherheit – Social Media“ und die Plenardiskussion „Sicherheit und Freiheit in der digitalen Zukunft“ (siehe separate Artikel in diesem Heft). Begleitet wurde der Auftritt des BMI beim Forum Alpbach von der Öffentlichkeitsarbeit des Hauses, insbesondere in Social Media.

Florian Hahn



Plenardiskussion: Anti-Terrorismus-Koordinator der Europäischen Union, Gilles de Kerchove, Innenminister Jan Jambon (Belgien), Wolfgang Sobotka (Österreich) und Andres Anvelt (Estland).

men, um problematische Inhalte rasch zu erkennen. Dabei müsse jedoch das Recht auf freie Meinungsäußerung beachtet werden. Zweitens müsse der Zugriff auf digitale Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes erleichtert werden, etwa um digitales Beweismaterial zu sammeln. Das sei in der Praxis oft schwierig, da Daten im Ausland gespeichert oder verschlüsselt würden. Drittens sollte in Zukunft Big Data zur frühzeitigen Erkennung von Radikalisierung genutzt werden. Viertens könne die Gefahr des Cyber-Terrorismus durch die vermehrte Vernetzung digitaler Geräte in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Fünftens identifizierte der EU-Anti-Terrorismus-Koordinator institutionelle und technologische Herausforderungen im Bereich der Cyber-Sicherheit, darunter unzureichende Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren und rasante technologische Entwicklungen, bei denen staatliche Einrichtungen mithalten müssten. De Kerchove legte nahe, den Dialog weiterzuführen und die Entwicklung von IT-Systemen, die das Verhältnis Sicherheit zu Datenschutz

angemessen ausbalancieren. Letztendlich sei es Aufgabe der Politik, über den Grad des Datenschutzes und der Privatsphäre zu bestimmen.

Europäische Kooperation. „In Barcelona haben die Bürgerinnen und Bürger nach dem Terroranschlag am 17. August 2017 große Solidarität gezeigt“, sagte Francesca Bria, Beauftragte der spanischen Stadt für Technologie und digitale Innovation. Durch Demonstrationen – auch der muslimischen Community – seien Zeichen gegen Angst und Terror gesetzt und zugleich Werte wie Offenheit, Frieden, Demokratie und Integration verteidigt worden. Die Bürgerinnen und Bürger hätten oft Zweifel, dass ihre Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigt würden, erläuterte Bria. Die Politik habe noch nicht verstanden, mit den technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, die unsere Gesellschaften bereits jetzt nachhaltig veränderten. Bria warnte etwa vor der Verbreitung von digitalen Überwachungsinstrumenten, die auch in die falschen Hände geraten könnten oder der zunehmenden Macht-

stellung privater Monopolisten, die vermehrt anstelle von Gerichten über die Einstufung von Inhalten als legal oder illegal entscheiden würden.

Bria plädierte für einen breiten Sicherheitsbegriff und bezog sich auf den lateinischen Ursprung des Wortes: Sicherheit als Zustand „ohne Sorgen“. Sicherheit müsse über Terrorismus und Extremismus hinaus als Frage von sozialer Integration, politischen und religiösen Freiheiten, als Leben mit und in Vielfalt verstanden werden. Bürgerinnen und Bürger würden sich um die Entwicklung der Demokratie, ihre Arbeitsplätze, die Integration von Zugewanderten sorgen.

Anstatt einiger weniger Internetunternehmen sollten Regierungen Lösungen erarbeiten oder anbieten. Bria plädierte für die dezentralisierte Entwicklung von Lösungen in Europa, die Sicherheit und Datenschutz ausgewogen berücksichtigen. „Wir brauchen europäische Kooperation“, sagte Bria und forderte einen rechtsbasierten Rahmen für das digitale Zeitalter, basierend auf Werten wie Demokratie und Meinungsfreiheit.



Breakout-Session: Corinna Milborn, Innenminister Wolfgang Sobotka.

Breakout-Session. Vor der Plenardiskussion vertiefte Innenminister Sobotka mit einer Expertin und Experten in der Breakout Session „Digitale Sicherheit – Social Media“ Möglichkeiten und Risiken durch Social Media als Teilaspekt eines ganzheitlichen Konzepts für digitale Sicherheit. Der Minister diskutierte mit Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, Mag. Michael Hirschbrich, Mitgründer eines auf künstlicher Intelligenz basierten Informationsservices für Entscheidungsträger, dem Datenschutzexperten Mag. Georg Markus Kainz, dem Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“ Rainer Nowak und der Universitätsprofessorin Dr. Sarah Spiekermann von der Wirtschaftsuniversität Wien. Moderiert wurde die Diskussion von Corinna Milborn.

Soziale Medien. „Sollen Social Media wie traditionelle Medien behandelt werden? Wie begegnen wir dabei Herausforderungen, etwa Hasspostings und Extremismus im Netz?“, leitete Dr. Wilhelm Sandrissler, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll) im BMI, die Diskussion ein. „Dem Umgang mit Social Media kommt besondere Bedeutung zu, für unsere Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Rechtsstaat“, stellte Innenminister Sobotka fest. Social Media sollten als Medien begriffen

werden. Er betonte die redaktionelle Verantwortung von sozialen Medien. Regulation sei nötig. Das Internet dürfe kein rechtsfreier Raum sein.

Facebook und Werte. Nicht kompatibel mit europäischen Werten und Grund- und Freiheitsrechten sei das Geschäftsmodell von *Facebook*, sagte Prof. Sarah Spiekermann. Das soziale Medium *Facebook* würde die Daten der Nutzerinnen und Nutzer sammeln, um das daraus ableitbare Psychosozialprofil zahlungskräftigen Kunden (wie etwa Versicherungen) zu verkaufen. *Facebook* solle einen Bezahlendienst anbieten, der mit dem Versprechen verbunden ist, solche Weitergaben von Profilverwissen zu unterlassen. Spiekermann, die sich mit ethischen Fragen in der digitalen Welt beschäftigt, schlug eine Kooperation von maschinellen Algorithmen und menschlicher Intelligenz vor, um große Datenmengen zu bewältigen sowie rasch strafbare Inhalte zu erkennen und aus Social Media entfernen zu können. Daten aus Europa sollten zudem auf europäischen Servern gespeichert werden. Bei Ermittlungen müssten Behörden zugreifen können.

Transparenz forderte Datenschützer Georg Markus Kainz ein. Gerade bei Social Media werden die Nachrichten von Freundinnen und Freunden nicht einfach transportiert, sondern gewichtet, sortiert und mit fremden Postings

aufgefüllt. So wie Werbung gekennzeichnet sein muss, haben die Userinnen und User das Recht zu erfahren, wie ihr Newsfeed oder die Suchseite zusammengestellt wurde. Daher sollten die Internetfirmen ihre Prozesse und Algorithmen offenlegen. Das würde Nutzerinnen und Nutzer von Social Media erleichtern, ihre Rechte durchzusetzen. Wenn Social Media sich wie Medien verhalten, indem sie etwa in Newsfeeds eingreifen, dann sollten sie auch wie Medien behandelt werden und für diese Inhalte haftbar sein. Technologiepartner wie Google und Facebook sollten sich an diese Rolle halten.

Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat solle Rahmenbedingungen schaffen, betonte Michael Hirschbrich. Die heutigen Datenmengen seien für Menschen nicht mehr kontrollierbar, sagte der Experte. Er schlug deshalb vor, dass Algorithmen dabei helfen könnten, strafbare Inhalte zu erkennen und zu löschen. Automatisch von diesen „freundlichen trojanischen Pferden“ erkannte Inhalte sollten firmenintern an eine zentrale Stelle gemeldet werden, die sich in der Folge an zuständige staatliche Einrichtungen wenden sollte. Die EU sei gefordert, technische Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

Globale Lösungen. Wie im Schengen-Raum führten im Internet unzureichende Abstimmung und Harmonisierung dazu, dass kriminelle Akteure den neuen Raum ausnützen können, sagte Botschafter Wolfgang Ischinger. Nationalstaatliche Lösungsansätze griffen in der digitalen Welt zu kurz. Europäische, supranationale und globale Lösungen seien nötig. Staaten, Unternehmen sowie andere Organisationen müssten an nachhaltigen Lösungen arbeiten. Dies sei aktuell nur bedingt der Fall, da auch im digitalen Raum verschiedene Interessen aufeinanderträfen, die nicht leicht zu vereinen seien.

Rechtsmittel ergreifen. Betroffene hätten die Möglichkeit, Rechtsmittel zu ergreifen, sagte Chefredakteur Rainer Nowak. EU-Mitgliedstaaten könnten zusammen eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber *Facebook* und anderen sozialen Medien einnehmen. Der Journalist warnte davor, Social Media als neues Phänomen zu überschätzen und trat für Besonnenheit ein.

Florian Hahn